



Elisabeth Siebert, Tatiana Volkmann

Integration von Flüchtlingen als Motor der Demokratieförderung und Chance für eine breitere gesellschaftliche Aktivierung, Politisierung und Teilhabe –

Erfahrungen aus der Beratung für eine demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Demokratie ist immer dann in ihren Grundfesten gefährdet, wenn es an Identifikation und Gestaltungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger mangelt. Durch die aktive Teilhabe an politischen Prozessen haben Menschen die Möglichkeit, Demokratie als eine Chance und Bereicherung wahrzunehmen und sich für das Gelingen gesellschaftspolitischer Prozesse mitverantwortlich zu fühlen. Wer aktiv daran mitwirken kann, in einem Dickicht verschiedenster Interessen adäquate Lösungen für Herausforderungen zu finden, kennt die Mühen, aber auch die Vorteile der demokratischen Praxis aus eigener Erfahrung und verfügt über realistische Einschätzungen bezüglich ihrer Möglichkeiten und Grenzen.

Populistische Gruppen und Akteure versuchen negative Erfahrungen mit demokratischen Prozessen für sich zu nutzen. Vor allem instrumentalisieren sie die Enttäuschung und Skepsis, die auf fehlenden demokratischen Erfahrungen beruhen. Besonders auch um antipluralistischen Positionen den Nährboden zu entziehen, muss das demokratische Miteinander deshalb mehr sein als ein idealisierter Anspruch, nämlich eine konkret erlebbare Alltagspraxis möglichst vieler Menschen.

Die Integration geflüchteter Menschen und die Stärkung aller daran Beteiligten stellt eine fundamentale Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Die mit der Zuwanderung verbundenen Veränderungen und das Erstarken rechtspopulistischer sowie antidemokratischer Tendenzen sind für viele Menschen verunsichernd. Das gesellschaftliche Klima ist zurzeit teilweise geprägt von beunruhigender Aggressivität und Unversöhnlichkeit, es reißen Gräben zwischen den politischen Positionen auf, die unüberwindlich erscheinen. Gleichzeitig können diese Entwicklungen aber eine wichtige

Chance für eine Weiterentwicklung des demokratischen Diskurses und des Meinungsstreits bieten, denn immerhin ist das Desinteresse gegenüber politischen Entwicklungen, das in den vergangenen Jahrzehnten stetig zunahm, aktuell geringer denn je. Die Meinungen zum Thema Flucht und Asyl sind nicht immer reflektiert und beruhen oft auch auf Mutmaßungen oder Fehlinformationen, aber: es gibt kaum jemand, der oder die keine Position bezieht und Meinung äußert, und genau darin liegt auch eine Chance für Maßnahmen der Demokratieförderung.

Mit welchen Inhalten und Ansätzen die Demokratieförderung diese Chancen mit Beratung und anderen Formen der Unterstützung zu nutzen versucht, wird hier am Beispiel der Regionalzentren für demokratische Kultur der Evangelischen Akademie der Nordkirche und deren Beratungstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern veranschaulicht.

1. Gemeinwesenbezogene Demokratieentwicklung – Regionalzentren für demokratische Kultur

Die Anlässe und Möglichkeiten, sich in modernen Gesellschaften zu beraten und beraten zu lassen, sind vielfältig. Das Verständnis von Beratung reicht dabei von schlichter Information bis hin zu konzeptionell an therapeutischen Ansätzen orientierten Maßnahmen. Die Beratung für eine demokratische Kultur ist ein vergleichsweise junges Arbeitsfeld und eine sich noch im Stadium einer fortschreitenden Entwicklung befindliche Profession. In ihrem Fokus steht die plurale Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebens- und Weltanschauungen wechselseitige Anerkennung finden sollen. Dort, wo Menschen einander begegnen, sei es in einer Gemeinde, einem Verein oder einer Organisation, am Arbeitsplatz, oder im privaten Umfeld, werden sowohl ihre Gemeinsamkeiten als auch ihre Unterschiedlichkeit erlebbar. Mit dieser spannenden Vielfalt gehen bisweilen auch Missverständnisse und mitunter auch Konflikte einher. Dies trifft insbesondere auf kulturell unterschiedlich geprägte Lebenswelten zu, die umso mehr zum Dialog und der Entwicklung einer konstruktiven Streitkultur herausfordern.

In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten fünf Regionalzentren für demokratische Kultur, zwei davon in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Die Arbeit wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Europäischen Sozialfonds gefördert. Ziel der fachlichen Beratung und Qualifizierung der Regionalzentren für demokratische Kultur ist es, demokratische Strukturen zu stärken und die Gesellschaft in der Prävention gegen demokratiefeindliche Ideologien zu unterstützen. Im Fokus der Beratungen stehen die Stärkung der Motivation, Befähigung und Gelegenheit zur gesellschaftlichen Teilhabe und die Förderung einer positiven Grundhaltung gegenüber der Pluralität kultureller und sozialer Lebenswirklichkeiten. Zu den Beratungsnehmenden zählen Amts- und Mandatsträger sowie ehrenamtlich Engagierte in Kirchen, Verwaltung, Politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die Anfänge der Regionalzentren für demokratische Kultur liegen in den Jahren unmittelbar vor und nach der Jahrtausendwende. Sie sind zum damaligen Zeitpunkt das Ergebnis des Wechselwirkens unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Faktoren – damals mit starkem, aber nicht ausschließlichem Fokus auf Ostdeutschland:

- latente Präsenz und teilweise massive Gewaltbereitschaft rechtsextremer Akteure,
- unterschwellige Spannung zwischen einer institutionell starken Demokratie, einer in relevanten Teilen skeptisch-distanzierten Öffentlichkeit und einer sich allmählich entwickelnden, zivilen kritischen Bürgergesellschaft und schließlich
- die Ausrufung des „Aufstandes der Anständigen“ durch den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2001 als Startsignal für ein langjähriges Engagement der damaligen Bundesregierung in die Entwicklung dieses Arbeitsfeldes.

Das anfänglich zugrunde gelegte Konzept der „Mobilen Beratung“ beinhaltete eine fundamentale inhaltliche Neuausrichtung in der Arbeit gegen Rechtsextremismus: Haltungen und Handlungen der Ausgrenzung wie Rassismus oder Antisemitismus wurden nicht länger vorrangig als psychosoziale Auffälligkeiten im Jugendalter interpretiert. Das Erstarken einer antipluralistischen Ideologie wurde vielmehr als ein Symptom für die

Schwäche der demokratischen Kultur in einem Gemeinwesen und für die mangelnde Verankerung ihrer korrespondierenden Werte betrachtet. Dementsprechend zielt die Beratung auf die Vermittlung und Etablierung dieser Werte und auf eine Entwicklung des demokratischen Miteinanders. Der Rechtsextremismus ist zwar nur eine mögliche Variation antidemokratischer Haltungen, er steht aber bis heute als eine der real Bedrohlichsten im Mittelpunkt der Beratungstätigkeit.

Die Regionalzentren für demokratische Kultur sind Teil des landesweiten Beratungsnetzwerkes „Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern“ und arbeiten auf Grundlage gemeinsam entwickelter Qualitätsstandards. Zu diesen zählen unter anderem die Bedingungen einer aufsuchenden, vertraulichen und freiwilligen Beratung, die Fachstandards der systemischen Beratung, eine offen moderierende Beratungshaltung und ein konsequenter Empowerment-Ansatz, der davon ausgeht, dass die Beratungsnehmenden grundsätzlich über alle Problemlösekompetenzen verfügen, und die angefragte Beratung vorrangig der Erschließung und Aktivierung der vorhandenen Potentiale und Ressourcen dient.

2. Von der Flucht zur Integration – Beratung für eine Integrationsstrategie

Seit 2012 sind die Anfragen an die Regionalzentren für demokratische Kultur im Themenfeld Flucht, Asyl und gesellschaftliche Integration erheblich angestiegen, seit 2014 bestimmt das Themenfeld sogar die Mehrzahl der Anfragen. Die Vermittlung kommunikativer und konfliktgestaltender Kompetenzen war seit jeher Teil ihrer Beratungen, nun gilt es, diese unter den Bedingungen eines hochemotionalen gesellschaftlichen Meinungsstreits und entsprechend interkultureller Notwendigkeiten zu erweitern und zu modifizieren. Konfliktpotentiale durch unterschiedliche soziale, kulturelle, religiöse oder politische Prägungen zeigen sich besonders hinsichtlich der Geschlechterrollenverständnisse, der Einstellung zu Gewalt in der Erziehung und dem Respekt gegenüber Minderheiten. Auch abstraktere Themen wie die Haltung zum Gewaltmonopol des Staates oder der Trennung von Staat und Religion schlagen sich im

Alltag real nieder und führen zu Irritationen. Einen hohen Unterstützungsbedarf signalisieren vor allem Engagierte in der Flüchtlingshilfe, KiTas und Schulen, Strukturen im Gesundheitswesen sowie Verwaltung und Strukturen der alltäglichen Lebensgestaltung wie Gastronomie, Einzelhandel etc.

Auch der Umgang mit rechtsextremen Gruppen, die von ihnen ausgehende Bedrohung und der Umgang mit vermehrt geäußerten, rassistischen Vorurteilen und Vorbehalten, z. B. in Gemeindeversammlungen, in der Jugendhilfe oder im öffentlichen Raum, sind ein wichtiges Thema. Nicht erst angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen zur Integration Geflüchteter gehört es zum Repertoire rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure, Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Gruppen, z. B. rassistische, sexistische, homophobe, islamkritische oder antisemitische Haltungen, für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Gleiches gilt für Sorgen und Ängste vor bspw. sozialem Abstieg und Strukturwandel, Ärger über Ausgrenzungs- und Überwältigungserleben, oder andere starke Emotionen, bspw. im Kontext von Kindesmisshandlungen und sexualisierter Gewalt, die instrumentalisiert werden. Diese Mechanismen zu analysieren, ihnen entgegenzuwirken und Integrationskonzepte für ein gelingendes interkulturelles Zusammenleben mit zu entwickeln, gehört zu den Kompetenzen der Evangelischen Akademie der Nordkirche und ihrer beiden Regionalzentren. Hierzu zählen

- Beratung von Kommunen, Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, Schulen, Wirtschaftsunternehmen, wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften, Stadt- und Kreisverwaltung, politischen Parteien sowie kirchlichen Strukturen,
- Unterstützung und Vernetzung demokratischer Interaktionen in Bürgerbündnissen und -initiativen zur Flüchtlingsarbeit durch Expertise und Prozessbegleitung,
- Aufbau von Integrationsnetzwerken in enger Kooperation mit den Städten, Landkreisen und Gemeinden sowie
- Beteiligung und Umsetzung interkultureller Fortbildungen und Veranstaltungen durch konzeptionelle Unterstützung, Moderationen von Workshops und Teilnahme an thematischen Podien.

Die sich durch Flucht und Zuwanderung stetig verändernden Rahmenbedingungen erfordern erweiterte Zielsetzungen, neue Netzwerke und modifizierte Methoden. Es gilt, die Beratungstätigkeiten für eine demokratische Kultur auch auf die Zielgruppe der Geflüchteten auszuweiten und Prozesse der Wertereflektion, des Perspektivwechsels und der Radikalisierungsprävention im Kontext der emotionsbetonten Flüchtlingsdebatte entsprechend interkultureller Bedingungen zu gestalten. Wie sich dieser Bedarf seit 2012 zunehmend ausbildete, soll exemplarisch anhand ineinander greifender Beratungsprozesse im Landkreis Vorpommern-Rügen dargestellt werden.

Beratung zum Umgang mit Demonstrationen und Gegenproteste

Die Fallzahlen zur Krisenintervention bei Vorkommnissen mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Hintergrund haben sich im Landkreis Vorpommern-Rügen in den Jahren von 2013 bis 2015 nahezu verzehnfacht. Während 2013 neun Fälle zu diesem Schwerpunkt zu verzeichnen waren, stiegen sie im Jahr 2015 auf über 90 an. Das Gros der Beratungen wurde von Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeistern und anderen Schlüsselpersonen eines Gemeinwesens anlässlich von Überfällen und Übergriffen auf geflüchtete Menschen und deren Unterkünfte in Anspruch genommen. Nach Einschätzung des Regionalzentrums für demokratische Kultur korrespondieren diese Fallzahlen mit den zeitgleich zunehmenden Demonstrationen aus der rechtspopulistischen und -extremen Szene.

In Anlehnung an die Organisation „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEgIdA) gründete sich auch in Mecklenburg-Vorpommern eine sich selbst als „Unabhängige Bürgerbewegung für Demokratie!“ bezeichnende Organisation namens MVgIdA. Diese veranstaltete im Dezember 2014 in Güstrow (Landkreis Rostock) erstmals eine Demonstration, die sich gegen eine gleichzeitig stattfindende Veranstaltung zur Unterstützung geflüchteter Menschen richtete. Im Unterschied zu den auch zahlenmäßig weit größeren PEgIdA-Demonstrationen, schlossen sich der MVgIdA-Demonstrationen nach Einschätzung szenekundiger Experten fast ausschließlich Personen an, die dem

rechtsextremen Kameradschaftsspektrum zuzuordnen sind oder diesem nahe stehen. In der Folge wurden auch die Hansestadt Stralsund und die Landeshauptstadt Schwerin Orte von im zwei-Wochen-Rhythmus stattfindenden MVgldA-Demonstrationen, an denen sich bis zu 700 Personen beteiligten. Die Namensgebung der Veranstalter erfuhr dabei innerhalb nur eines Jahres eine illustre Abwechslung: von „MVgldA“, „MV.Patrioten“, „Stralsund wehrt sich“ bis hin zu „Vereint für Stralsund“.

Schon im Oktober 2014 hatte in Stralsund eine Demonstration der NPD stattgefunden und bereits im Sommer 2013 trat die Partei vornehmlich in ostdeutschen Klein- und Mittelstädten mit ihrer sogenannten „Asyltour“ in Erscheinung. Bei diesen Ressentiments schürenden Kundgebungen, die von szenebekanntem Neonationalisten unterstützt wurden, proklamierte sie eine Überfremdung durch vermehrte Zuwanderung.¹

Auf Anfrage des Vereins „Rock gegen Rechts Stralsund e.V.“ unterstützte das Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Rügen die Initiierung des Bündnisses „Stralsund für alle“ und die darauf folgende Reflexion, Vorbereitung und Organisation vielfältiger Gegenproteste (Friedensgebete in mehreren Kirchen, Demokratiefest, Stadtrundgang entlang von Stolpersteinen, Kinder- und Lichterfest im Bürgergarten u.a.). In dem Bündnis engagieren sich ca. 50 Mitglieder, die den demokratischen Parteien der Stadt Stralsund und des Landkreises Vorpommern-Rügen sowie den Schulen, zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden und andere Akteure aus den Sphären Kirche, Verwaltung, Gewerkschaft und Kultur angehören. Die Gegenproteste, an denen sich ca. 700 Bürgerinnen und Bürger im Oktober 2014 beteiligten, wurden sowohl von den Verantwortlichen des Bündnisses als auch von einem großen Teil der Öffentlichkeit als erfolgreiches Novum für die Region begrüßt.

Die Aktivitäten des Bündnisses sensibilisierten und aktivierten eine ganze Reihe von Bürgerinnen und Bürger sowie Amts- und Mandatsträgern der Stadt und des Landkreises. Die Beratungsangebote des Regionalzentrums wurden dadurch vor allem aber auch durch

die herausfordernden und bedrohlichen Aktivitäten im Kontext der MVgIdA-Demonstrationen in Stralsund verstärkt nachgefragt. Aus der Konfrontation mit diesen offen demokratiefeindlichen Unternehmungen entstand ein klassischer „Runder Tisch“ zur Strategieentwicklung im Umgang mit rechtsextremen und -populistischen Demonstrationen. Neben dem Regionalzentrum beteiligten sich daran der Landrat, der Bürgermeister, die Polizeiinspektion, die Landkreis- und Stadtverwaltung, der Pommersche Evangelische Kirchenkreis, Vertreter und Vertreterinnen demokratischer Parteien, Gewerkschaften und das Bündnis „Stralsund für alle“.

Das Regionalzentrum verantwortet mit dem „Regionalen Beratungsnetzwerk“ bereits seit Jahren ein dauerhaftes Gremium der Demokratieförderung und Extremismusprävention, in dem sich staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen informieren und austauschen können. Auch dieses Format wurde aktiviert und z. B. durch externe sozialwissenschaftliche Expertise zu rechtsextremen und -populistischen Einstellungen, Organisationen und Parteien gestärkt. Weitere Beratungen in vielfältigen Bezügen und mit vielfältigen Akteuren schlossen sich an, z. B. mit der Mobilen Arbeitsgruppe für Extremismus des Staatsschutzes und mit der Beratungsstelle für Betroffene rechtsextremer Gewalttaten. Die rechtsextremen und -populistischen Demonstrationen im Landkreis wurden weiter analysiert und die Einschätzungen vor allem auch den Verwaltungen und den politischen Parteien zur Verfügung gestellt, zu diesen Partnern gehörte unter anderem auch das Wahlkreisbüro der Bundeskanzlerin in Vorpommern-Rügen.

Im Zusammenwirken gegen offen demokratiefeindliche Strukturen erlebten die Akteure in der Region einen großen Zuwachs an Wissen und Handlungskompetenz, vor allem aber erlebten sie eine gelingende Kooperation der demokratischen Strukturen und Akteure über alle ideologischen Gräben und traditionelle Antipathien hinweg. Diese Erfahrung stärkte die demokratische Kultur und eine gute demokratische Praxis in der Region erheblich.

Ausdifferenzierung der Engagementformen, Ziele und Unterstützungsbedarfe

Das Spektrum der zu beobachtenden Haltungen gegenüber Zuwanderung aller Art ist auch in Mecklenburg-Vorpommern breit und vielfältig. Es bildet die unterschiedlichen Aufgaben, Gestaltungs- und Verwertungsinteressen der Handelnden ebenso ab wie die Vielfalt politischer und menschlicher Grundhaltungen, die auch im nordöstlichen Bundesland die ganze Fülle der Werthaltungen und Einstellungen in der Gesellschaft umfassen.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in der geteilten Abscheu gegenüber den Demonstrationen und Kundgebungen aus dem rechtspopulistischen und -extremen Spektrum als verbundene Gruppe erlebt und aus dieser Erfahrung viel Kraft geschöpft. Jenseits der gemeinsamen Empörung und Bestürzung wurden die Wünsche bezüglich des eigenen Engagements aber bald ebenso vielfältig wie dessen Zielsetzungen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hatten zunächst vornehmlich das Bedürfnis, sich öffentlich gegen die rechtsextreme und nationalistische Propaganda bei den Demonstrationen und andernorts zu positionieren, ein Zeichen zu setzen gegen Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Abwertung. Im Laufe der Zeit zeigten sich in dieser Ablehnung aber Unterschiede, insbesondere bezüglich der als legitim angesehen Mittel des Protests. Bisweilen entstand bei den Protesten gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Aufmärsche eine aggressive, von Gegnerschaft geprägte Dynamik, die sich nicht nur gegen die rechtsextremen Demonstrationen, sondern teilweise auch gegen jede andere Form von Zuwanderungsskepsis oder auch gegen die absichernde Polizei richtete. Der Meinungsstreit um legale und legitime Protestmittel und Wert und Grenzen der Meinungsfreiheit waren teilweise sehr kontrovers und im Ton oft scharf. Diese Entwicklung wirkte teilweise verunsichernd, weshalb andere Möglichkeiten des Engagements zunehmend stärker nachgefragt wurden. In den Vordergrund rückten nun Zusammenschlüsse mit der Absicht, direkt für die geflüchteten Menschen wirksam zu werden. Auch bei diesen Prozessen wurde Beratung stark in Anspruch genommen. Das Regionalzentrum unterstützte beim Aufbau, der Vernetzung und der Profilierung des

Bündnisses „Stralsund für alle“ sowie zweier neu gegründeter Flüchtlingshilfe-Initiativen durch Moderation der ersten Treffen, Wissensvermittlung und Beratung zum Strukturaufbau.

Im alltäglichen Miteinander von Geflüchteten und Einheimischen entstanden im Laufe der Zeit vielfältige Fragestellungen. Träger der sozialen Arbeit und soziale Einrichtungen, wie z. B. das Begegnungszentrum des Stralsunder Quartiersmanagements oder ein Nachbarschaftstreff mit Spendenstelle und einem ‚Umsonstladen‘, baten um Unterstützung zu Aspekten der sozialen Integration und Intergruppen-Konflikten, u. a. aufgrund der Sorge um die Verteilungsgerechtigkeit bei der Spendenvergabe und anderen sozialen Angeboten. Die Städte und Gemeinden in den Landkreisen Rostock und Vorpommern-Rügen fragten zunehmend Beratung und Begleitung bei der Planung und Durchführung von Einwohnerversammlungen und öffentlichen Informationsveranstaltungen an, bei denen die Flüchtlingszuwanderung und ihre Auswirkungen für das gesellschaftliche Miteinander diskutiert wurden. Bei einigen dieser Veranstaltungen musste auch mit rechtsextremen Störversuchen und propagandistischen Wortergreifungen umgegangen werden.

Mit dem raschen Anstieg der Flüchtlingszahlen gingen und gehen nicht nur Sorgen und Verunsicherungen bei der bereits länger einheimischen Bevölkerung einher, sondern auch eine bemerkenswerte Bereitschaft, den geflüchteten Menschen zu helfen. Die vielen, zum Teil sehr spontan entstandenen ehren- und hauptamtlichen Angebote umfassen von interkulturellen Begegnungscafés, ehrenamtlichem Sprachunterricht, speziellen Betreuungsangeboten für Kinder, Fahrradwerkstätten, Spendenannahmestellen, Begleitung und Vermittlung bei Behörden- und Arztgängen bis zur Wohnungssuche und vieles mehr. Mit der zunehmenden Fülle an Bedarfen einerseits und Unterstützungsmöglichkeiten andererseits ging temporär auch eine Unkenntnis bzw. Intransparenz sowohl bezüglich der nutzbaren Strukturen für Organisation und Koordination als auch bezüglich der Verantwortlichkeiten einher.

Wie kann dem entgegen gewirkt werden und eine gelingende Integration gestaltet und unterstützt werden? Von diesen Fragen ausgehend entwickelt der Landkreis Vorpommern-Rügen und die Hansestadt Stralsund in Kooperation mit dem Regionalzentrum für demokratische Kultur eine Integrationsstrategie, die sowohl das staatliche als auch das zivilgesellschaftliche Engagement einbezieht. Den öffentlichen Auftakt hierzu bildete im Oktober 2015 der Integrationsgipfel im Stralsunder Landratsamt, an dem mehr als 50 Akteure aus den Bereichen Bildung, Soziales, Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie zivilgesellschaftliche Vereine und Verbände, die mit dem Thema Integration befasst sind, teilnahmen.

Neben der wohl größten Herausforderung bei der Unterbringung von asylsuchenden Menschen wurden Fragen zu deren sprachlichen und beruflichen Bildung, zur Beschäftigung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie die gesellschaftliche Integration diskutiert. Um gezielte und fachspezifische Lösungs- und Handlungsvorschläge für die Integration von Flüchtlingen zu erarbeiten, wurden fünf Arbeitsgruppen initiiert, die über den Gipfel hinausgehend, kontinuierlich weiter arbeiten. Im Bleiben der jungen Menschen und Familien sahen Gipfelteilnehmende auch eine große Chancen, denn der jahrzehntelangen Abwanderung, einer auf dem Kopf stehenden Alterspyramide und dem spürbaren Arbeitskräftemangel im Landkreis könne dadurch entgegen gewirkt werden.

Neben dem regelmäßig einberufenen Integrationsgipfel, ein zweiter folgte im Januar 2016, und den hauptsächlich an kommunalen Aufgaben orientierten Arbeitsgruppen, wurden mehrere Netzwerke für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit und deren Koordination aufgebaut. Die Koordinierungsstellen sollen einerseits die Bürgerinnen und Bürgern unterstützen, die sich ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren möchten, und andererseits als Anlaufstelle für Vereine, Verbände oder andere Initiativen dienen, die zur Bewältigung ihrer Arbeit auf ehrenamtliche Unterstützung angewiesen sind.

3. Anregungen für eine authentische Willkommenskultur

Mecklenburg-Vorpommern ist in besonderem Maße durch den demografischen Wandel herausgefordert: durch den kontinuierlichen Wegzug vor allem junger Menschen bzw. Familien auf der Suche nach Arbeit und verstärkt durch die langfristigen demografischen Folgen des sogenannten „Wendeknicks“ in den Geburtenraten seit 1991 wurde das Bundesland innerhalb nur einer Generation vom durchschnittlich jüngsten zum durchschnittlich ältesten Deutschlands. Seit 2014 scheint der Bevölkerungsrückgang gestoppt, mindestens jedoch stark verlangsamt und einige Zentren, wie z. B. die Hansestadt Rostock, können inzwischen sogar ein Plus im Wanderungssaldo verzeichnen. Dennoch bleiben weitere Zuzüge eine enorme Chance für die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns. Dabei besteht aber ein Wettbewerb der Regionen innerhalb Deutschlands und zunehmend auch der Regionen innerhalb der Europäischen Union. In dieser Konkurrenz gibt es eine Reihe von Faktoren, die ausschlaggebend für die individuelle Entscheidung von Menschen für einen Bleiben oder einen Zuzug sind: sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Faktoren, Landschaft und Wetter, private Gründe, äußerer Zwang – aber auch das gesellschaftliche Klima und die Empfangsbereitschaft einer Region auf der menschlichen und administrativen Ebene spielen am Ende eine entscheidende Rolle. Eine qualitative Betrachtung der gegenwärtigen Zuzüge ergibt ein vielschichtiges Bild unterschiedlicher Gruppen bezogen auf Alter, Herkunft, Sozialstatus, Wanderungsmotive und vermutliche Aufenthaltsdauer:

- qualifizierte Rückwanderer, die – oft mit eigener Familie – aus beruflichen Gründen und aus Heimatverbundenheit zurückkehren,
- Fachkräfte aus dem In- und Ausland, die vor allem in den wirtschaftlichen und universitären Zentren Arbeit finden,
- Studierende aus dem In- und Ausland, die es an die Standorte der Universitäten und Hochschulen zieht,
- Menschen die sich der Attraktivität des Landes wegen hier ansiedeln, sich oft selbständig machen oder ihren Ruhestand hier verbringen wollen,
- Flüchtlinge, die im Rahmen bundes- und landesweiter Verteilungsschlüssel per Verwaltungsakt den Kommunen zugewiesen werden.

In der hiesigen öffentlichen Wahrnehmung prägten Asylsuchende vor allem in den 90er Jahren und seit 2013 erneut das Bild von Zuwanderung. Damit einher gingen und gehen bis heute oft Unsicherheiten und Ängste im Umgang mit Zuwanderung, stereotype negative Zuschreibungen an die neuen Nachbarn, pauschale Ablehnung bis hin zu aggressivem Rassismus und rechtsextremer Propaganda, sei es im öffentlichen Raum und Verkehrsmitteln, in Nachbarschaften und vereinzelt auch in Behörden. Dieser Ausschnitt des Umgangs mit Fremdem und Fremden hat auch die Außenwahrnehmung des Bundeslandes lange und auch weltweit entscheidend mitgeprägt.

Zweifellos stellt die konkrete Gestaltung der Aufnahme von geflüchteten Menschen in eine Gemeinde für alle Beteiligten eine große Herausforderung dar: für die Kommunalpolitik, die zuständigen Verwaltungen, für die unmittelbare Nachbarschaft, Kirchgemeinden, Schulen, für örtliche Vereine u.a. Engagierte. Diese Herausforderung der gemeinsamen und konstruktiven Gestaltung von Veränderung wird aber von vielen Engagierten angenommen und zeigt in neuem Selbstbewusstsein eine weltoffene, demokratische und durch und durch menschliche Seite von Mecklenburg-Vorpommern.

Nahezu unisono wird inzwischen vielerorts eine „Willkommenskultur“ eingefordert. Dem wird zumindest öffentlich – abgesehen von rassistisch agitierenden Parteien und Organisationen – nicht widersprochen. Dagegen findet über das konkrete „Was“ und „Wie“ augenscheinlich nur selten eine fundierte Verständigung unter Demokratinnen und Demokraten statt. So droht „Willkommenskultur“ im ungünstigsten Fall zu einer hohlen Phrase oder zum Gegenstand ideologisch gefärbter politischer Profilierungen zu werden. Eine Klärung und Definition seitens politisch Verantwortlicher, wie sich eine „Willkommenskultur“ in der Kommune manifestieren könnte und sollte, vermag jedoch eine Signalwirkung auf Verwaltung und Zivilgesellschaft auszuüben. Je ernsthafter und glaubwürdiger um eine gemeinsame Deutung und konkrete Umsetzung vor Ort gerungen wird, desto größer ist die Strahlkraft eines solchen demokratischen Konsenses. Dessen Bedeutung und die daraus abgeleitete Verantwortung für eine kommunalpolitische Auseinandersetzung werden jedoch häufig unterschätzt. Gerade weil Werte und Normen

wie einer echten Willkommenskultur nicht einfach verordnet werden können, liegt es umso mehr in der Verantwortung einer jeden Gemeinde und eines jeden Landkreises diese eigenständig nach selbst gewählten Kriterien und Maßstäben zu gestalten und erlebbar zu machen. Die Auseinandersetzung über grundlegende Fragen einer demokratischen Kultur und eines guten Miteinanders ist damit eng verbunden: Minderheitenschutz und Mehrheitsrechte, autoritäres „Durchregieren“ oder beteiligungsorientierter Interessenausgleich, einladender oder ausgrenzender Gestus des Gemeinwesens und vieles mehr.

Auf der Ebene der Verwaltungen haben sich – unabhängig von der Debatte über eine Willkommenskultur für geflüchtete Menschen – sehr unterschiedliche Handlungsstile etabliert. Allen gemeinsam ist die rechtsstaatliche Basis ihres in aller Regel korrekten Handelns. Der entscheidende Unterschied liegt häufig im gelebten Leitbild einer Verwaltung. Zugespitzt lässt sich fragen: Ist das Handeln der verschiedenen Verwaltungseinheiten darauf ausgerichtet, konstruktiv vernetzt und lösungsorientiert eine Integration in alle relevanten Lebensbereiche nach Kräften zu ermöglichen? Oder wird mit – formal korrekten – administrativen Mitteln mehr oder weniger subtil versucht, den Aufenthalt von geflüchteten Menschen so unattraktiv wie möglich erscheinen zu lassen? Erfahrungsgemäß haben die Auseinandersetzung und Positionierung kommunalpolitisch Aktiver und anderer deutungsmächtiger Personen (z. B. Vereinsvorsitzende, Wehrführer, Pastorinnen etc.) nicht nur zur Frage einer Willkommenskultur für die Bürger- und Zivilgesellschaft eine große symbolische Kraft und häufig auch Vorbildwirkung.

In der Zivilgesellschaft lassen sich vier grundlegende Haltungen und Handlungsweisen im Umgang mit „Neubürgern“ im Allgemeinen, nicht nur mit Blick auf Asylsuchende, beobachten. Eine breite kommunale Auseinandersetzung über Willkommenskultur kann großen Einfluss darauf haben, welcher der im Folgenden skizzierten vier Handlungstypen in seiner qualitativen Wirkung als vornehmlich wahrgenommen wird:

1. Häufig ist eine wohlwollende bis ablehnende Ignoranz – gespeist aus wertfreiem Desinteresse, diffusen Vorbehalten oder empfundener Ablehnung – zu beobachten.

2. Ebenso anzutreffen ist eine gut gemeinte, aber letztlich paternalistisch gedachte und organisierte Fürsorge. Gemeint ist damit ein ausgeprägtes Maß an wichtigem und hilfreichen Engagement für andere Menschen ohne ernsthafte Einbeziehung derselben auf Augenhöhe („Wir wissen, was gut für Euch ist.“). Diese Grundhaltung findet sich gleichermaßen in Politik, Behörden, Wohlfahrtseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.
3. Seltener ist zu beobachten, dass sich alte und neue Nachbarn ebenbürtig und ohne negativ oder positiv besetzte Vorurteile begegnen. Darin manifestiert sich eine Grundhaltung, die Menschen unabhängig von ihrem Status oder ihrer Herkunft als gleichberechtigten Teil des Gemeinwesens betrachtet, und die einen legitimen Interessenausgleich zwischen ihnen anstrebt.
4. Ein Teil der Bevölkerung agiert in mehr oder weniger offener Ablehnung gegenüber Fremdem und Fremden – insbesondere gegenüber geflüchteten Menschen. Das Spektrum reicht dabei von chauvinistisch motivierter Abwertung bzw. Selbstaufwertung bis hin zu aggressiv verbalisiertem und bisweilen auch gewalttätigem Rassismus.

Die Qualität einer wie auch immer im gestalteten „Willkommenskultur“ leitet sich wesentlich aus der Beantwortung zweier Fragen ab: Gelingt es der Kommune bzw. dem Landkreis, die strukturellen Rahmenbedingungen einer Aufnahme von Neubürgerinnen und -bürgern sowohl symbolisch als auch administrativ kompetent und einladend zu gestalten? Und ist das soziale Klima in einem Gemeinwesen für Neubürgerinnen und -bürger eher einladend oder eher ausgrenzend? Dabei sollte sich die Debatte um eine Willkommenskultur nicht auf die Aufnahme von Geflüchteten beschränken, sondern sowohl Statusgruppen wie Familien und Kinder, Unternehmen, Studierende, Ruheständler etc. als auch Aspekte der Anerkennungskultur und Teilhabestrukturen in unserer Gesellschaft einbeziehen.

4. Resümee

Das Maß an Integrations- und Gestaltungsbereitschaft wird in unserer Demokratie wesentlich von den Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlichen und politischen Prozessen bestimmt. Nur wer die Anstrengungen, aber auch die Chancen und Möglichkeiten einer demokratischen Kultur erfährt, kann sich mit dieser identifizieren und sich mitverantwortlich fühlen. Hierfür nicht minder bedeutsam ist die Ausgestaltung einer offenen Diskurskultur. Nicht erst seit dem Erstarken von „PEgIdA“ und deren Ablegern sowie rechtspopulistischer Parteien wie der AfD wird eine kontroverse Diskussion um die Möglichkeiten und Grenzen in der Auseinandersetzung mit antidemokratisch eingestellten Menschen geführt. Dort, wo rechtsextreme, ausgrenzende und abwertende Meinungen öffentlich artikuliert werden, ist ein klares und entschiedenes Widersprechen nötig. Dieser Widerspruch sollte jedoch nicht nur in seinem Inhalt unmissverständlich sein, sondern auch in seiner Form den zu verteidigenden Werten von Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit entsprechen.

Eine hinsichtlich der Flüchtlingshilfe lediglich anhand der Antipoden „Gutmensch“ oder „Menschenfeind“ (nicht) geführten und ausgrenzenden Diskussion, treibt den polarisierenden Keil, der zunehmend durch Sprachlosigkeit Raum einnimmt – sei es im sozialen Nah- oder Fernraum – nur tiefer und lässt uns weit hinter die Errungenschaften unserer demokratischen Kultur zurückfallen. Ein kritischer Geist gegenüber staatlichen Einrichtungen, Medien, der Wirtschaft oder in der eigenen Familie und im Freundeskreis ist wichtig und gehört zur Demokratie – solange er einer authentischen Klärung und Lösungsfindung dient. Sorgen um das Wohl unserer Mitmenschen und um die Sicherheit und Stabilität im Land sind verständlich und ernst zu nehmen. Doch wo Kritik, zum Beispiel an der politischen Praxis, zu Anfeindungen anderer Menschen benutzt wird, dort herrscht Verantwortungslosigkeit.

Menschen sind zur Veränderung fähig. Deshalb machen Gespräche, politische Bildungsangebote und Beratungsangebote für eine demokratische Kultur Sinn. Dies

erfordert die Mühe des genauen Wahrnehmens und Unterscheidens, ob geschlossene rechtsextreme Weltbilder vorliegen oder eher diffuse Sorgen und Ängste vor Fremdheit, Überforderungsempfindungen bis hin zu bewusst geschürtem Sozialneid und Feindseligkeit. Wir brauchen eine offene Streitkultur und keine automatisierte Ausgrenzung von Menschen, wenn wir diese Herausforderungen in unserer Gesellschaft bearbeiten wollen.

Damit gesellschaftliche Integration langfristig erfolgreich geleistet werden kann, gilt es so viele Menschen wie möglich für demokratisches Engagement zu gewinnen und die bereits Aktiven gleichzeitig zu stärken. Letztere agieren oft unter schwierigen Bedingungen – sei es die Auseinandersetzung mit den eigenen Zielen und Weltanschauungen, der skeptische Blick aus ihrem sozialen Nahraum oder angesichts bedrohlicher rechtsextremer Strukturen. Integrationsleistungen brauchen – als Mittel zum Zweck – auch Strukturen, in denen die Helfenden effektiv unterstützt werden. Hierfür können Einzelne, Initiativen und Bündnisse professionelle Beratung wie die der Regionalzentren für demokratische Kultur in Anspruch nehmen. Diese kann sie darin unterstützen, eine moderierte Reflexion und Verständigung über Möglichkeiten und eigene Grenzen vorzunehmen und in einer gemeinsam getragenen Logik der sinnvollen Ergänzung funktions- und kommunikationsfähig zu bleiben. Damit gelingt im Idealfall nicht nur die gesellschaftliche Integration neu hinzugekommener Bürgerinnen und Bürger, sondern auch ein besseres gegenseitiges Verständnis derjenigen, die schon vor Ort leben.

Regionalzentrum für demokratische Kultur

Landkreis und Hansestadt Rostock

in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche

Konrad-Zuse-Straße 1a

18184 Roggentin

Telefon: 0381/403 17 62

rz.rostock@akademie.nordkirche.de

www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren/

Regionalzentrum für demokratische Kultur

Vorpommern-Rügen

in Trägerschaft der Evangelischen Akademie der Nordkirche

Carl-Heydemann-Ring 53

18437 Stralsund

Telefon: 03831/28 25 84

rz.stralsund@akademie.nordkirche.de

www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren/